

## Lesbos-Bulletin: Update zur Situation auf Lesbos

Veröffentlicht vom Griechischen Flüchtlingsrat (GCR) und Oxfam



Zelte direkt am Meer im Mavrovouni-Camp, März 2021. Foto von Giorgos Moutafis.

### ZUSAMMENFASSUNG

Anfang Mai wurde das Camp Kara Tepe auf Lesbos offiziell geschlossen und die dort zuletzt noch lebenden über 500 Asylsuchenden in das Camp Mavrovouni (das Nachfolgelager von Moria) überführt. Für die Betroffenen hatte diese Verlegung eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zur Folge. Obwohl die Temperaturen auf Lesbos in den Sommermonaten regelmäßig über die Marke von 37°C steigen<sup>1</sup>, harren die Menschen in Mavrovouni in Zelten in der prallen Sonne aus. Die Sommerhitze ist nicht das einzige Problem. Die Kinder im Camp haben keinen ausreichenden Zugang zu Bildung, und sowohl die Entwicklungen bei der physischen Sicherheit als auch bei der psychischen Gesundheit der Bewohner\*innen sind besorgniserregend.

Auf nationaler und auch auf internationaler Ebene wächst der Druck auf die griechische Regierung, gegen mutmaßliche Pushbacks an den Außengrenzen vorzugehen, u.a. auch aufgrund von Berichten des Griechischen Flüchtlingsrates. Die griechische Ombudsperson hat einen Zwischenbericht veröffentlicht, dem zufolge Pushbacks anscheinend eine gängige Praxis sind.<sup>2</sup> Die Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatovic, sprach Pushbacks ebenfalls in einem Brief an, in dem sie die zuständigen griechischen Minister aufforderte, "... diesen Praktiken ein Ende zu setzen und sicherzustellen, dass unabhängige und effektive Untersuchungen aller Vorwürfe von Pushbacks und Misshandlungen durch Mitglieder der Sicherheitskräfte im Zusammenhang mit solchen Operationen durchgeführt werden".<sup>3</sup> Die Kritik wurde von den Ministern jedoch zurückgewiesen, die in ihrer Antwort stattdessen auf ein "ungünstiges Umfeld absichtlicher, irreführender Informationen" verwiesen, "die in den meisten Fällen von den Schmugglernetzwerken und den sie unterstützenden Personen ausgehen".<sup>4</sup> Der Griechische Flüchtlingsrat und Oxfam fordern die griechische Regierung auf, eine unabhängige Untersuchung von Pushbacks zu ermöglichen und dadurch künftig vermeidbares Leid zu verhindern.

# POLITISCHE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Der Griechische Flüchtlingsrat und Oxfam fordern die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten auf, mit Unterstützung der Europäischen Kommission die dringend erforderliche Umsiedlung von Asylsuchenden aus Griechenland fortzusetzen, nach klar definierten und transparenten Kriterien.

Der Griechische Flüchtlingsrat und Oxfam rufen die europäischen Regierungen und die Institutionen der Europäischen Union dazu auf

- sicherzustellen, dass Griechenland in der Lage ist, die Lebensbedingungen von Asylsuchenden und Geflüchteten auf seinem gesamten Territorium zu verbessern, mit einem Schwerpunkt auf dezentraler Unterbringung in Gemeinden, als Alternative zur Unterbringung in großen Camps, in denen menschenunwürdige Lebensbedingungen herrschen;
- im Rahmen des neuen Migrations- und Asylpakts der EU nationale Mechanismen zur Untersuchung von Pushback-Vorwürfen einzurichten, die politisch unabhängig und finanziell angemessen ausgestattet sind.

Darüber hinaus fordern der Griechische Flüchtlingsrat und Oxfam die griechische Regierung auf, ebenfalls mit Unterstützung der Europäischen Kommission

im Hinblick auf die Lebensbedingungen auf Lesbos:

- die Praxis der Bewegungseinschränkung und Internierung von Asylbewerber\*innen in ungeeigneten Lagern auf den Grenzinseln zu beenden. Diese Politik hat in den letzten fünf Jahre zu den bekannten katastrophalen Zuständen in Lagern wie Moria und Mavrovouni geführt. Die Lebensbedingungen in diesen Lagern sind für eine menschenwürdige Unterbringung nicht geeignet;
- das kürzlich angekündigte Ende von Bargeldunterstützungen für unabhängig lebende Asylbewerber\*innen wieder rückgängig zu machen.<sup>5</sup> Wenn dieser Plan umgesetzt würde, würden dadurch noch mehr Geflüchtete ihrer relativen Eigenständigkeit beraubt und zurück in die Camps gedrängt;
- einen nationalen Integrationsplan zu verabschieden, der konkrete Ziele sowie die zu deren Umsetzung notwendigen Schritte und Voraussetzungen enthält. Dabei sollte das Problem der Obdachlosigkeit unter Geflüchteten in Griechenland besonders berücksichtigt werden, und Geflüchtete sollten bei ihren Bemühungen unterstützt werden, mehr Eigenständigkeit zu erlangen;
- sicherzustellen, dass alle Kinder im schulpflichtigen Alter an entsprechenden Bildungsmaßnahmen teilnehmen können, wobei einem Unterricht außerhalb der Camps unbedingt Vorrang eingeräumt werden sollte.

in Bezug auf die Pushbacks:

- die Empfehlungen der griechischen Ombudsperson unverzüglich umzusetzen und alle Vorwürfe von Pushbacks gegenüber Drittstaatsangehörigen an den griechischen Grenzen zu untersuchen;
- einen nationalen Überprüfungsmechanismus in Griechenland einzurichten, der in der Lage ist, alle mutmaßlichen Pushback-Fälle unabhängig zu untersuchen, und der über die rechtlichen und finanziellen Befugnisse verfügt, Ermittlungen durchzuführen. Unabhängige Institutionen wie die Ombudsperson könnten dabei ebenfalls eine wichtige Rolle spielen, wenn sie mit zusätzlichen Untersuchungsbefugnissen ausgestattet werden. Wir fordern auch die griechische Justiz auf, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um Praktiken zu untersuchen, die gegen nationales und internationales Recht verstoßen.

## Updates zur Situation auf Lesbos und den griechischen Inseln

Zwischen 19. April und 9. Juni gab es nur 111 Ankünfte auf Lesbos.<sup>6</sup> Ungewöhnlich ist auch, dass es in diesem Zeitraum nur acht Tage gab, an denen überhaupt Ankünfte auf Lesbos registriert wurden. Die Zahl der Ausreisen von der Insel auf das Festland im selben Zeitraum war dagegen relativ hoch, seien es durch organisierte Transfers oder auf eigene Faust: 1.641 Personen.<sup>7</sup> In Ermangelung detaillierterer Daten ist es nicht möglich zu sagen, wie viele davon einen internationalen Schutzstatus haben bzw. Asylsuchende sind. Die Unterscheidung ist wichtig, weil diejenigen, die sich nicht mehr im Asylverfahren befinden, aufgrund des Fehlens einer Integrationsstrategie und entsprechender Unterstützungsangebote sowie des Mangels an geeignetem Wohnraum einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, obdachlos zu werden.

Bis zum 9. Juni ist die Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge auf den ägäischen Inseln auf 9.347 gesunken, davon 6.355 auf Lesbos, von denen die meisten (5.541) in Mavrovouni leben.<sup>8</sup> Mit Stand vom 6. Juni stammt die überwiegende Mehrheit der Asylbewerber\*innen und Geflüchteten auf Lesbos aus Afghanistan (65 % der Betroffenen), der Demokratischen Republik Kongo (11 %), Somalia (8 %), Syrien (8 %) und dem Iran (2 %).<sup>9</sup> Personen aus diesen Ländern werden in Griechenland häufig als Flüchtlinge anerkannt, die internationalen Schutz benötigen.<sup>10</sup>

Mehr als die Hälfte der Migrant\*innen auf Lesbos (Stand: 7. Juni) sind Frauen (22 %) und Minderjährige (32 %), was einer Personengruppe von über 1.800 Minderjährigen entspricht. 70% der Minderjährigen sind unter 12 Jahre alt und 7% davon unbegleitet, was ca. 130 unbegleiteten Minderjährigen auf Lesbos entspricht.<sup>11</sup> Theoretisch bedeutet dies, dass die derzeitigen Unterbringungsplätze für unbegleitete Minderjährige auf der Insel (insgesamt 203)<sup>12</sup> ausreichen würden, um den aktuell bestehenden Bedarf abzudecken. Auf Lesbos lebt jedoch noch eine weitere Gruppe unbegleiteter Minderjähriger, deren genaue Zahl unbekannt ist. Diese leben in Mavrovouni überwiegend mit der erwachsenen Bevölkerung zusammen. Dabei handelt es sich um junge Menschen, deren Altersfeststellungsverfahren aufgrund des anhaltenden Mangels an qualifiziertem Personal seit mehr als fünf Monaten (Januar 2021) anhängig sind. In der Zwischenzeit werden diese jungen Menschen wie Erwachsene behandelt.<sup>13</sup> Darüber hinaus leben (Stand: 15. Mai 2021, nach den neuesten verfügbaren Daten) immer noch 598 unbegleitete Minderjährige auf der Straße oder in informellen und unsicheren Wohnverhältnissen in ganz Griechenland sowie weitere 110 unbegleitete Minderjährige in Aufnahme- und Identifizierungszentren im ganzen Land.<sup>14</sup> Dies unterstreicht erneut die dringende Notwendigkeit, die Umsiedlungsbemühungen für Kinder und Jugendliche zu unterstützen, und zwar unabhängig von ihrem aktuellen Aufenthaltsort.

Zusätzlich hielten sich im April 34 unbegleitete Minderjährige im Hotspot auf Samos auf, und 40-50 Jugendliche warteten Berichten zufolge immer noch auf die Durchführung von Altersfeststellungsverfahren. Während sie warten, leben auch sie mit der erwachsenen Bevölkerung des dortigen Camps zusammen.<sup>15</sup>

Die Anwesenheit von mehr als 200 unbegleiteten Minderjährigen steht in direktem Widerspruch zur Aussage des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Margaritis Schinas, der erklärte, dass es derzeit keine unbegleiteten Minderjährigen auf den griechischen Inseln gebe.<sup>16</sup>

Die griechischen Behörden setzen weiterhin Verwaltungshaft ein, sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene. Nach Informationen der Legal Aid Working Group of Lesbos<sup>17</sup> werden seit dem 1. Juni 15 Migrant\*innen, darunter zwei Frauen, in der Polizeistation von Mytilini festgehalten, ohne dass eine strafrechtliche Anklage gegen sie vorliegt.

Die geringere Zahl von Asylsuchenden und Geflüchteten, die sich weiterhin auf Lesbos aufhalten, könnte theoretisch zu einer besseren Versorgung und Verbesserung der Lebensbedingungen in den Flüchtlingseinrichtungen auf der Insel führen. Leider ist dies nicht der Fall.

### **Keine Zwischenlösung: Verschlechterung der Lebensbedingungen in Mavrovouni**

Kinder machen einen großen Teil der Bevölkerung von Mavrovouni aus und bleiben weiterhin vom Zugang zu Schulbildung abgeschnitten. Es ist höchst problematisch, dass von den mehr als 1.000 Kindern im schulpflichtigen Alter in Mavrovouni im Dezember 2020 kein einziges in einer Schule eingeschrieben war.<sup>18</sup> Die Situation in Mavrovouni entspricht ungefähr derjenigen in den übrigen Hotspots, wo es bis Januar 2021 nur 8,5 % der Kinder im schulpflichtigen Alter geschafft hatten, sich in Schulen einzuschreiben, von denen wiederum dann nur 0,3 % oder sieben Kinder tatsächlich eine Schule besuchen konnten. Die Kinder, die in den Lagern untergebracht sind, haben generell Schwierigkeiten, Zugang zu Bildung zu erhalten, weil es keine Transportmöglichkeiten vom Lager zur Schule gibt und die Bewegungsfreiheit aufgrund der COVID-Pandemie noch zusätzlich eingeschränkt ist.<sup>19</sup> In einer positiven Entwicklung kündigte die stellvertretende Ministerin für Migration und Asyl, Sofia Voultepsi, am 2. Juni eine neue Zusammenarbeit mit UNICEF an, die darauf abzielt, den Zugang "zu echter und nicht oberflächlicher Bildung, in einem Umfeld der Gleichheit und Chancengleichheit" sicherzustellen.<sup>20</sup> Der Griechische Flüchtlingsrat und Oxfam begrüßen diese Ankündigung und betonen gleichzeitig die Notwendigkeit, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche Zugang zu regulärer, öffentlicher Schulbildung erhalten müssen.

Obwohl das Camp unterhalb seiner Auslastungskapazität arbeitet und noch weiter ausgebaut wird, gibt es weiterhin Probleme bei der öffentlichen Gesundheit, insbesondere mit Blick auf die steigende Zahl positiver COVID-19-Fälle, die auf der Insel festgestellt wurden. Im Mai wurden fast 550 positive COVID-19-Fälle auf Lesbos gemeldet, davon 341 unter der allgemeinen Bevölkerung der Insel und die restlichen 227 unter den Bewohner\*innen von Mavrovouni.<sup>21</sup> Obwohl der Beginn der Impfung der Lagerbevölkerung mit Verspätung für den 3. Juni angekündigt wurde, unterstreicht dieser Anstieg der Infektionen die anhaltenden Bedenken, wie stark die Rahmenbedingungen im Lager die Gesundheit der Bewohner\*innen und auch der dort Arbeitenden beeinträchtigen.<sup>22</sup> Es bleibt abzuwarten, ob der Impfplan alle gefährdeten Gruppen in ganz Griechenland einschließt, einschließlich derjenigen Asylbewerber\*innen, die bislang keinen Asylantrag stellen konnten und daher ohne Papiere bleiben.

Der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, einschließlich medizinischer Unterstützung, bleibt eine Herausforderung. Auch wenn die Bewohner\*innen Zugang zu einem Arzt haben, sind Nachsorge und regelmäßige Behandlungen

"Ich bin bestürzt über das Argument, dass es kostengünstiger ist, Asylsuchende in Länder des globalen Südens zu schicken und dort aufzunehmen. Ich finde das moralisch verwerflich - wir dürfen keine Preisschilder an Menschenleben hängen. Flüchtlinge sind keine Ware, die von reicheren Nationen gehandelt werden kann. Dies zu tun, ist entmenslichend, ausbeuterisch und gefährlich."

*-Gillian Triggs, UNHCRs stellvertretende Hochkommissarin für Schutz. Quelle: [UNHCR](#)*

praktisch unmöglich. Dies gilt auch für die Dienste von NROs, denen aufgrund der laufenden Arbeiten in Mavrovouni häufig kein Platz für die Bearbeitung von Fällen eingeräumt wird.<sup>23</sup>

Der Zugang zu Wasser und Sanitäreinrichtungen ist weiterhin schwierig, insbesondere für Bewohner\*innen mit besonderem Unterstützungsbedarf. Der Griechische Flüchtlingsrat bearbeitet zum Beispiel den Fall einer sehr vulnerablen alleinstehenden Frau, die mit einer Behinderung lebt, die ihre Bewegungsfreiheit einschränkt. Sie berichtete, dass sie mehr als einmal gestürzt sei und sich verletzt habe, als sie versuchte, die Toiletten des Lagers zu erreichen, die für Menschen mit Behinderungen nicht zugänglich sind.

In Mavrovouni bleiben Fragen der Sicherheit für Frauen kritisch. Nachdem das Lager Kara Tepe im Mai geschlossen wurde (siehe nächste Seite), sind Hunderte Bewohner\*innen nach Mavrovouni verlegt worden. Um Platz für die neuen Bewohner\*innen zu schaffen, wurden alleinstehende Frauen in Mavrovouni wieder in kleineren Zelten untergebracht. Dies hatte eine unmittelbare Auswirkung auf ihr Sicherheitsempfinden. Vor der Schließung von Kara Tepe hatten viele von ihnen in einem größeren Gemeinschaftszelt gewohnt. Da das Zelt in kleinere Abschnitte unterteilt war, die von innen verschlossen werden konnten, fühlten sich die Frauen dort sicherer. Die Unterbringung in den regulären Zelten hat dagegen ihre Unsicherheit erhöht, da sich, wie Frauen den Sozialarbeiterinnen von GCR regelmäßig berichten, potenziell jeder Zugang zu den Zelten verschaffen kann.

Trotz verstärkter Polizeipräsenz sind die Bewohner\*innen bestimmter Abschnitte des Lagers gefährdet, da es im hinteren Teil des Lagers keine Patrouillen gibt. Dies ist ein Abschnitt, der für die Unterbringung von Familien vorgesehen ist, die häufig berichten, dass sie ausgeraubt werden. Bewohner\*innen des Lagers berichten weiterhin über konkrete Vorfälle geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt.

Alleinstehende Männer wiederum berichten davon, dass sie sich vernachlässigt fühlen. Da keine flächendeckende Versorgung mit grundlegenden Dienstleistungen gewährleistet ist und Prioritäten in der Regeln anhand von Vulnerabilitätskriterien für unterschiedliche Personengruppen festgelegt werden, bleiben allein reisende Männer häufig unterversorgt.

Insgesamt sind die Grundbedürfnisse der Bewohner\*innen von Mavrovouni durchweg nicht gedeckt. Das ganze Jahr über hatten die Duschen nur begrenzt warmes Wasser. Dies ist offensichtlich problematisch für Familien mit kleinen Kindern oder Säuglingen. Die ohnehin schon schlechte Situation im Lager wird sich nach der Entscheidung des Ministeriums für Migration und Asyl, die Geldleistungen für Asylbewerber zu kürzen, die sich für eine eigenständige Unterbringung entschieden haben und außerhalb der Camps leben, wahrscheinlich noch verschlechtern. Das Ministerium kündigte an, dass ab dem 1. Juli alle Asylbewerber\*innen die ihnen vom Ministerium zur Verfügung gestellte Unterkunft akzeptieren müssen oder ihre Geldleistung verlieren.<sup>24</sup> Nach Angaben von Sozialarbeiter\*innen kann dies zu einer erzwungenen Rückkehr von Asylbewerber\*innen in die Lager führen. Die Androhung von Bargeldkürzungen kann zu einem abrupten Ende von Wohngemeinschaften führen, die für viele Asylsuchende eine angemessenere Art der Unterbringung ist. Dieser Druck, in die Camps zurückzukehren, fördert auch die Segregation von Asylsuchenden und läuft dem Ziel einer möglichst reibungslosen Integration, insbesondere für Betroffene, denen internationaler Schutz gewährt wurde.

Die Entscheidung des Ministeriums scheint auch außerhalb des Geltungsbereichs des nationalen und des EU-Rechts zu liegen. Die Bestimmung des Artikels 57 des Gesetzes L.4636/2020, die den Artikel 20 der Aufnahmerichtlinie 2013/33/EU umsetzt, verlangt eine individualisierte und begründete Entscheidung, wenn eine Einschränkung oder Unterbrechung der Aufnahmebedingungen auferlegt wird. Eine

pauschale Beendigung des Bargeldbezugs ohne Prüfung und Bewertung der persönlichen Umstände und des persönlichen Bedarfs der Asylbewerber\*innen erscheint rechtswidrig und unangemessen.

## **Isolation und Trennung von Asylsuchenden und Aufnahmegemeinschaften**

Am 7. Mai haben die griechischen Behörden das Camp Kara Tepe, das unter der Schirmherrschaft des UNHCR betrieben wurde, geschlossen. Kara Tepe bot mehr als fünf Jahre lang menschenwürdige Bedingungen und eine hochwertige Alternative zu Moria. Dort wurden Menschen mit Behinderungen, schweren medizinischen Erkrankungen sowie Überlebende sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt beherbergt. Von den etwa 700 schutzbedürftigen Bewohner\*innen von Kara Tepe wurde die große Mehrheit (538 Personen, die meisten davon Familien) nach Mavrovouni umgesiedelt. Hier leben sie unter Bedingungen, die nach wie vor weit unter europäischen Mindeststandards liegen. Nach der Evakuierung übergab der Minister für Migration und Asyl, Notis Mitarakis, Kara Tepe an die örtlichen Behörden. In seiner Rede während der feierlichen Übergabe lobte der Minister die Tatsache, dass Kara Tepe an die örtliche Gemeinde zurückgegeben wurde, als einen weiteren Schritt in Richtung des Ziels, die Inseln zu "entlasten", und dass Lesbos bald nur noch eine Aufnahmeeinrichtung haben werde.<sup>25</sup> Dies folgt auf die Schließung des gemeindebasierten Camps Pikpa Anfang 2020 und das geplante Ende des ESTIA-Programms auf den Inseln bis November 2021. Es wurde kein Hinweis auf die Qualität der Aufnahmebedingungen im Lager Mavrovouni gegeben.

Ohne die Bedeutung der Entlastung von Lesbos und der übrigen ägäischen Inseln zu schmälern, ist die Schließung von Kara Tepe und Pikpa (das ebenfalls eine weitere bessere Alternative für schutzbedürftige Asylsuchende war, einschließlich für Überlebende von Folter) beunruhigend. Es signalisiert den Mangel an Sorge um die Verbesserung der Lebensbedingungen für Asylsuchende auf der Insel. Selbst wenn das geplante Multi-Purpose Reception and Identification Center (MPRIC) den Asylsuchenden auf der Insel irgendwann menschenwürdige Lebensbedingungen bietet, wie die griechische Regierung und die Europäische Kommission nicht müde werden zu betonen, wird der Standort nicht vor März 2022 betriebsbereit sein.<sup>26</sup> Der geplante Standort des neuen MPRIC in einem sehr abgelegenen Gebiet, in Kombination mit seinem Charakter als ein geschlossenes Zentrum, gibt zudem Anlass zu großer Sorge.<sup>27</sup> Diese Entscheidungen deuten auf eine zunehmende Konzentration und die beabsichtigte Isolierung von Asylsuchenden und Geflüchteten hin, in Übereinstimmung mit den unverhältnismäßigen Bewegungseinschränkungen, die seit Beginn der COVID-19-Pandemie über die griechischen Lagern verhängt wurden. Diese Isolation kann sowohl für die Integrationsaussichten derjenigen, die als Flüchtlinge anerkannt werden, als auch für die Rechte der Asylsuchenden während der Prüfung ihres Antrags nur kontraproduktiv sein. Diese Realität steht auch nicht im Einklang mit den Zusicherungen des Ministers für Bürgerschutz, Michalis Chrysochoidis, der nach dem Brand des Lagers Moria im September 2020 erklärt hatte, dass alle bisherigen Bewohner\*innen von Moria Lesbos verlassen können sollten.<sup>28</sup>

## Berichte über Pushbacks

Das Thema der mutmaßlichen Pushbacks hat in den letzten Monaten viel Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit bekommen. In einem Zwischenbericht verzeichnete die griechische Ombudsperson 15 Einzelbeschwerden über Pushbacks, die von der Institution in den letzten drei Jahren untersucht worden sind. In mindestens zwei der Fälle waren unter den Betroffenen auch schwangere Frauen.<sup>29</sup> Neben anderen Bedenken konstatiert der Bericht der Ombudsperson "ständig wiederkehrende Muster" in den Hunderten oder Tausenden von Pushback-Berichten, die seit 2017 in die Öffentlichkeit gelangten, sowie das Versagen der griechischen Behörden, "diese Bedenken durch eine umfassende Untersuchung anzugehen", insbesondere in Fällen, in denen "offizielle Dokumente" belegen, dass die Betroffenen sogar noch die griechischen Behörden kontaktiert hatten, bevor sie in die Türkei zurückgeschoben wurden.<sup>30</sup> Wichtig ist, dass die Ombudsperson in dem Bericht betont, dass das griechische Gesetz der unabhängigen Behörde (d. h. der Ombudsperson) nicht "die notwendigen gesetzlichen Instrumente und Mittel" zur Verfügung gestellt hat, um die Vorfälle effektiv zu untersuchen oder sich ein Urteil über die Handlungen der griechischen Regierung zu bilden.<sup>31</sup>

Der Zwischenbericht der griechischen Ombudsperson zeigt deutlich, dass sie – solange sie nicht mit der Befugnis ausgestattet ist, eigene Untersuchungen durchzuführen – nicht in der Lage sein wird, Pushbacks im Einzelfall zu überwachen. Auf der Grundlage der identifizierten "Muster" bei Pushbacks gab die Ombudsperson jedoch konkrete Empfehlungen an die griechische Polizei ab und schlug vor, die Vorwürfe zu untersuchen und die Ergebnisse innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens zu veröffentlichen sowie spezifische und detaillierte Einsatzpläne zu entwickeln, um die mögliche Beteiligung privater Gruppen an illegalen Pushbacks wirksam anzugehen.

Am 3. Mai erhöhte die Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatovic, den Druck auf die griechische Regierung noch weiter, indem sie drei Ministern einen Brief schickte, in dem auf "zahlreiche glaubwürdige Vorwürfe von Pushbacks" hingewiesen wurde.<sup>32</sup> Darin fordert die Kommissarin die griechischen Behörden auf, Pushback-Operationen sowohl an der Land- als auch an der Seegrenze zur Türkei zu beenden und sicherzustellen, dass alle Vorwürfe von Pushbacks und Misshandlungen durch Angehörige der Sicherheitskräfte im Zusammenhang mit solchen Operationen unabhängig und effektiv untersucht werden sollten. Das Antwortschreiben der griechischen Minister, das keinerlei zusätzlichen Informationen enthält, um die Vorwürfe in der Sache zu entkräften, verweist angesichts der Kritik dagegen auf "absichtlich irreführende Informationen, die in den meisten Fällen von Schleusernetzwerken und ihren Unterstützern ausgehen" und die die Reputation und Moral der griechischen Sicherheitskräfte untergraben.<sup>33</sup>

Angesichts der Fülle von Quellen über Pushbacks an den griechischen Land- und Seegrenzen, einschließlich Informationen zwischenstaatlicher Organisationen und Überwachungsgremien der EU und der Vereinten Nationen,<sup>34</sup> sind der Griechische Flüchtlingsrat und Oxfam sehr besorgt über den anhaltenden Versuch der griechischen Regierung, Stimmen zu stigmatisieren und letztendlich zu kriminalisieren, die sich legitimerweise zu einem Vorgang äußern, der möglicherweise eine systematische Verletzung des Prinzips der *Nichtzurückweisung* durch die griechischen Behörden darstellt.<sup>35</sup> Selbst wenn es möglich ist, dass Pushbacks im Kontext bestimmter internationaler Dynamiken instrumentalisiert werden, entbindet dies die griechische Regierung in keiner Weise von der Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass alle Pushback-Vorwürfe effektiv von einer unabhängigen Stelle untersucht

"Nachdem sie uns verhaftet hatten, während wir warteten, sagten sie uns: 'Ihr kommt hierher, um von der guten Situation in Europa und in Griechenland zu profitieren'. Aber wir sind nicht aus unserem Land für ein besseres Leben geflohen. Wir flohen, um nicht [zu Unrecht] inhaftiert zu werden; um nicht ungerecht behandelt und gefoltert zu werden. Ich wollte meine Jugend nicht im Gefängnis verbringen, weil ich zu Unrecht verurteilt wurde.

K. (siehe S.9)

werden, die auch befugt ist, potenzielle Täter vor Gericht zu bringen. Während der Bericht der Ombudsperson eine wichtige und willkommene Hilfe darstellt, zeigt er auch, dass ohne zusätzliche Befugnisse bei der Beweisermittlung in Bezug auf Pushbacks die gesamte Untersuchungsarchitektur weiterhin darauf angewiesen sein wird, dass Sicherheitsbehörden letztlich ihr eigenes Verhalten untersuchen. Was offensichtlich keine zufriedenstellende Lösung ist.

Am besorgniserregendsten sind die von sechs zivilgesellschaftlichen Organisationen im Rahmen der PRAB-Initiative (Protecting Rights at Borders) gesammelten Zeugenaussagen, die darauf hindeuten, dass eine wahllose Anwendung solcher illegalen Praktiken auf der gesamten ehemaligen "Balkanroute" (von Griechenland bis Ungarn) und auch in Italien und Österreich weit verbreitet sind. Allein in den ersten vier Monaten des Jahres 2021 wurden mehr als 2.100 Pushback-Berichte gesammelt. In 13% der Fälle (276) waren die mutmaßlichen Opfer Minderjährige, 93 davon unbegleitet. Von allen Minderjährigen waren wiederum 87 Mädchen und 189 Jungen. 177 Frauen wurden den Berichten zufolge zwischen Januar und April 2021 an den europäischen Grenzen zurückgewiesen.<sup>36</sup>

Nationale Gerichte in mehreren europäischen Ländern haben bereits Entscheidungen erlassen, die die Rechtmäßigkeit der Praktiken der nationalen Behörden in Frage stellen.<sup>37</sup> Kürzlich hat das Legal Centre Lesvos (LCL) in Griechenland eine neue Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingereicht, in dem LCL elf syrische Staatsangehörige vertritt, die Teil eines Vorfalls waren, bei dem eine Gruppe von 180-200 Menschen von der griechischen Küstenwache in der Ägäis zurückgedrängt wurde.<sup>38</sup> Der Fall ist vor dem EGMR anhängig.

Zeugenaussagen und Beschwerden über Pushbacks an Griechenlands Grenzen sind konstant. Das Migrationsministerium kann die Beschwerden nicht einfach zurückweisen, ohne seinerseits Initiativen zu ergreifen, die Vorwürfe zuerst einmal zu untersuchen. Auch die Europäische Kommission kann nicht weiterhin behaupten, es handele sich lediglich um "Behauptungen". Eine Untersuchung muss von einer unabhängigen Institution durchgeführt werden und auf die Ergebnisse dieser Untersuchung müssen dann entschiedene Maßnahmen folgen, um alle illegalen Praktiken zu beenden.

## Anhang: Erfahrungsbericht von K.\*, einer jungen Asylsuchenden, die aus Griechenland zurückgeschoben wurde

Mein Name ist K. Ich wurde in meiner Heimat politisch verfolgt, weil ich Publikationen über die politische Situation veröffentlicht habe. Ich stand deswegen in den letzten 5-6 Jahren immer wieder vor Gericht. Ich war irgendwann gezwungen, aus meinem Land zu fliehen, denn wenn ich [dort] geblieben wäre, hätten mir acht Jahre Gefängnis gedroht.

Der Grund, warum ich Europa gewählt habe, ist, weil ich dachte, ich könnte um politisches Asyl bitten, ohne Angst haben zu müssen, zurückgeschickt zu werden. Wir haben Griechenland gewählt, weil es das nahegelegene Land war. Aber ich liebe auch das Land und seine Geschichte und das Klima; und weil es auch eine kulturelle Nähe gibt, möchte ich hier bleiben.

Als wir nach Griechenland kamen, wurden wir von den griechischen Behörden verhaftet. Wir wurden zu einem alten Gebäude geführt. Sie ließen uns dort 22 Stunden lang warten, ohne Versorgung. Wir waren hungrig, und es war sehr kalt. Noch während wir warteten, begriff ich, dass sie uns wahrscheinlich zurückschicken würden. [...]

Obwohl wir ihnen sagten, dass wir Asyl beantragen wollen, setzten sie uns [schließlich] alle in ein Fahrzeug und brachten uns an den [Evros-]Fluss. Wir haben 3-4 Stunden neben dem Fluss gewartet. Es waren ungefähr 150 weitere Menschen [dort]. Nach meinem Verständnis und nach der Art, wie sie sprachen, stammten sie aus arabischen Ländern: Tunesien, Syrien, 60 Leute waren aus Afghanistan, zwei aus der Türkei. Es kam zu Schlägereien.

Ich war überrascht, dass die Afghanen [offenbar daran gewöhnt] waren, zu versuchen, einzureisen und dann illegal in die Türkei zurückgeschickt zu werden. Es gab Leute, die schon sieben oder acht Mal versucht hatten einzureisen. Sie brachten nicht mehr viel Geld mit. Ich fragte, wie lange das noch so weitergehen wird, und sie sagten mir, dass "wir entweder Erfolg haben oder im Evros-Fluss sterben" werden. Ich kann mir nicht einmal vorstellen, wie die Leute sich diese Situation finanziell leisten können; zu versuchen, immer wieder einzureisen und immer wieder zurückgeschickt zu werden.

Sie setzten uns [schließlich] in ein Schiff und brachten uns gewaltsam in die Türkei zurück. Es war ihnen egal, wo die türkische Polizei war. Sie ließen uns einfach auf der anderen Seite zurück. Jedes Mal, wenn ich mich daran erinnere, kommt die Angst, der Albtraum der Schläge und der Gewalt, wieder und wieder zu mir. Die Angst, dass ich sterben werde; dass ich im Fluss ertrinke; dass ich zurückgeschickt werde. Ich kann das nicht vergessen. Das einzige Gefühl, das wieder zu mir kommt, ist die Angst.

Ich rede über diese Erfahrung, [weil ich möchte], dass das aufhört. Ich kenne den Weg nicht. Vielleicht können Staaten nichts tun, aber vielleicht können Menschen etwas tun. Vielleicht werden Menschen sensibilisiert, damit das aufhört. Wir müssen dieses Risiko einzugehen, um nicht im Gefängnis zu landen, um nicht gefoltert zu werden. [...] Aber dann bringen uns die Polizei und die Behörden [in Griechenland] wieder in Gefahr und drängen uns zurück. Und die Behörden unternehmen nichts dagegen.

Mein Ziel ist es, dass dies aufhört. Keine Gefahr mehr für Frauen, Kinder und uns. Bitte hören Sie auf, uns zurückzudrängen.

*(Aufgezeichnet im Dezember 2020.)*

# QUELLEN

- <sup>1</sup> Zum Beispiel: "LesvosPost", "Das Wetter verschlechtert sich Mitte der Woche auf Lesbos - Detaillierte regionale Wettervorhersage" ("Χαλάει ο καιρός μεσοβδόμαδα στην Λέσβο- Αναλυτική περιοχική πρόγνωση του καιρού"), 6. Juli 2020, verfügbar auf Griechisch unter: <https://bit.ly/2R56272>; CNN Griechenland, "Wetter: Hitzschlag mit Temperaturen über 40 Grad heute" ("Καιρός: Καύσωνας με θερμοκρασίες πάνω από 40 βαθμούς σήμερα"), 30. Juli 2020, auf Griechisch verfügbar unter: <https://bit.ly/3wJ7iQh>; Karagiannidis & Lagoubardos, "Hohe Temperaturen bis Dienstag, 1. September 2020: Mit 40 Grad das Maximum am Montag, 31. August 2020" ("Υψηλές θερμοκρασίες έως και την Τρίτη 1 Σεπτεμβρίου 2020. Στους 40 βαθμούς η μέγιστη τη Δευτέρα 31 Αυγούστου 2020"), 30. August 2020, auf Griechisch verfügbar unter: <https://bit.ly/2S1zHU>.
- <sup>2</sup> Griechischer Ombudsmann, *Alleged pushbacks to Turkey of foreign nationals who had arrived in Greece seeking international protection: interim report (updated up to 31 December 2020)*, 28 April 2021, verfügbar unter: <https://bit.ly/344x06F>.
- <sup>3</sup> Der Menschenrechtskommissar des Europarats, Brief an den griechischen Minister für Bürgerschutz, den griechischen Minister für Migration und Asyl und den griechischen Minister für Schifffahrt und Inselpolitik (Ref: CommHR/DM/sf 019-2021, 3. Mai 2021), verfügbar unter: <https://bit.ly/3uAJ59I>
- <sup>4</sup> Antwort des griechischen Ministers für Bürgerschutz, des Ministers für Migration und Asyl und des Ministers für maritime Angelegenheiten und Inselpolitik, Ref (conf): 130, 11. Mai 2021, verfügbar unter: <https://bit.ly/3fTMXxe>, S.2.
- <sup>5</sup> Ministerium für Migration und Asyl, "Die finanzielle Unterstützung für Antragsteller auf internationalen Schutz, die nicht in Strukturen der Verantwortung des Ministeriums für Einwanderung und Asyl oder Einrichtungen, die mit dem MoMA zusammenarbeiten, untergebracht sind, wird ab 1/7/21 abgeschafft" ("Καταργείται από 1/7/21 το οικονομικό βοήθημα σε αιτούντες διεθνή προστασία που δε στεγάζονται σε δομές ευθύνης του Υπουργείου Μετανάστευσης και Ασύλου ή συνεργαζόμενους με το YMA φορείς"), 15. April 2021, verfügbar auf Griechisch unter: <https://bit.ly/3vSLaPG>.
- <sup>6</sup> Siehe relevante tägliche Updates, die vom Nationalen Koordinationszentrum für Grenzkontrolle, Einwanderung und Asyl (NCCBCIA) herausgegeben werden, verfügbar auf der Website des Generalsekretariats für Information und Kommunikation unter "Nationales Lagebild in Bezug auf die Inseln in der östlichen Ägäis" unter: <https://bit.ly/3cwnmcb>.
- <sup>7</sup> *ebd.*
- <sup>8</sup> National Coordination Center for Border Control, Immigration and Asylum (NCCBCIA), *National Situational Picture Regarding the Islands at Eastern Aegean Sea (9/06/2021)*, verfügbar unter: <https://bit.ly/3wbdy2>.
- <sup>9</sup> UNHCR, Lesbos Weekly Snapshot (31 May - 6 June 2021), veröffentlicht am 7. Juni 2021.
- <sup>10</sup> Im Jahr 2020 lag die Quote der positiven Entscheidungen der griechischen Asylbehörde für diese Nationalitäten beispielsweise bei 93,97 % für Staatsangehörige aus Somalia, 76,85 % für syrische Staatsangehörige, 65,31 % für Staatsangehörige aus Afghanistan, 45,78 % für Staatsangehörige aus dem Iran und 30,33 % für Staatsangehörige aus der DRK. Quelle: [Eurostat](#).
- <sup>11</sup> UNHCR, Lesbos Weekly Snapshot *op.cit.*
- <sup>12</sup> Nach den neuesten Daten, die vom Nationalen Zentrum für soziale Solidarität (EKKA) zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts veröffentlicht wurden, gibt es auf Lesbos 8 Unterkünfte für unbegleitete Minderjährige (UAM) mit insgesamt 183 dedizierten Unterbringungsplätzen und 5 Semi-Independent Living (SIL) Apartments für UAM mit einer Gesamtkapazität von 20 Plätzen. EKKA, *Situation Update: Unaccompanied Children (UAC) in Greece*, 15. Mai 2021, verfügbar unter: <https://bit.ly/3wcByPw>.
- <sup>13</sup> Gemäß Artikel 1(11) des Gemeinsamen Ministerbeschlusses 9889/2020 vom August 2020 gilt der Drittstaatsangehörige oder Staatenlose als minderjährig, solange seine Minderjährigkeit in Frage steht. JMD 9889/2020 der Minister für Gesundheit und für Migration & Asyl zur Änderung und Ersetzung des Beschlusses 1982/15-02-2016 (B' 335) και zur Änderung des Beschlusses 92490/04- 10-2013 (B' 2745), Gov. Gazette 3390/B/13-8-2020, auf Griechisch verfügbar unter: <https://bit.ly/2QDwpkq>.
- <sup>14</sup> EKKA, 15. Mai 2021, *op.cit.*
- <sup>15</sup> Refugee Rights Europe & Still I Rise, *Unaccompanied children at the gates of Europe: voices from Samos*, April 2021, verfügbar unter: <https://bit.ly/3fAYmD9>, S.5.
- <sup>16</sup> LIBE-Anhörung, 19. April 2021. [https://multimedia.europarl.europa.eu/en/committee-on-civil-liberties-justice-and-home-affairs\\_20210419-1345-COMMITTEE-LIBE\\_vd](https://multimedia.europarl.europa.eu/en/committee-on-civil-liberties-justice-and-home-affairs_20210419-1345-COMMITTEE-LIBE_vd)
- <sup>17</sup> LAsWG, Sitzung vom 1. Juni 2021
- <sup>18</sup> Griechischer Ombudsmann, Educational integration of children living in facilities and RICs of the Ministry of Migration & Asylum, 11. März 2021, verfügbar auf Griechisch unter: <https://bit.ly/3ounlWc>, S.9.
- <sup>19</sup> *ebd.*
- <sup>20</sup> Ministry of Migration & Asylum, "Memorandum of Understanding of Ministry of Migration and Asylum - UNICEF: Gemeinsam im Kampf für eine sichere Brücke des Wissens" ("Μνημόνιο Συνεργασίας Υπουργείου Μετανάστευσης και Ασύλου - UNICEF: Μαζί στη μάχη για μια ασφαλή γέφυρα γνώσης"), 2. Juni 2021, verfügbar unter: <https://bit.ly/3yVpZ1c>.
- <sup>21</sup> Sto nisi, "Drei neue Covid-Fälle auf Lesbos" ("Τρία νέα κρούσματα στη Λέσβο"), 2. Juni 2021, auf Griechisch verfügbar unter: <https://bit.ly/3gc8voD>.

- 22 Amna, "Vaccinations in the RICs of Kara Tepe in Lesbos, Vial in Chios and Vathy in Samos to start tomorrow" ("Ξεκινούν αύριο οι εμβολιασμοί στα ΚΥΤ του Καρά Τεπέ Λέσβου, στη ΒΙΑΛ Χίου και στο Βαθύ Σάμου"), 2. Juni 2021, verfügbar auf Griechisch unter: <https://bit.ly/3uOGk4r>.
- 23 Gemäß den Informationen, die das GCR-Team vor Ort Ende Mai 2021 erhalten hat.
- 24 Ministerium für Migration & Asyl, 15. April 2021, op.cit.
- 25 Ministerium für Migration und Asyl (MoMA), "Die Einrichtung Kara Tepe ist an die Gemeinde Mytelene zurückgegeben worden", ("Στον δήμο Μυτιλήνης επέστρεψε ο χώρος της δημοτικής δομής του Καρά"), 7. Mai 2021, verfügbar auf Griechisch unter: <https://bit.ly/3blJOyZ>
- 26 U. a. Europäische Kommission, "Migration: Commission and Greece agree joint plan for a new reception centre in Lesbos", 3. Dezember 2020, abrufbar unter: <https://bit.ly/2S1FunA>; the Guardian, "EU announces funding for five new refugee camps on Greek islands", 29. März 2021, abrufbar unter: <https://bit.ly/3iagLbt>.
- 27 Dies wurde kürzlich vom griechischen Premierminister Kyriakos Mitsotakis bekräftigt. Kathimerini, "Kyr. Mitsotakis: Die '6-Punkte-Politik' in der Flüchtlings-Migrationsfrage" ("Κυρ. Μητσοτάκης: Η "πολιτική των έξι σημείων" για προσφυγικό - μεταναστευτικό"), 12. Mai 2021, auf Griechisch verfügbar unter: <https://bit.ly/34yGJgU>.
- 28 U. a. Kathimerini, "Michalis Chrysochoidis on Thema: I will stay in Moria until we bring order, like in Exarcheia" ("Μιχάλης Χρυσοχοϊδής στο ΘΕΜΑ: Θα κάτσω στη Μόρια μέχρι να βάλουμε τάξη, όπως στα Εξάρχεια"), 21 Spetmber 2020, auf Griechisch verfügbar unter: <https://bit.ly/3viRX4E> und der Guardian, "Greece vows to empty Lesbos of all refugees by Easter after fire", 15. September 2020, abrufbar unter: <https://bit.ly/3oBFNkR>. Während in der Erklärung der Begriff "Flüchtlinge" verwendet wird, schließt der Bezug alle 12.000 ehemaligen Bewohner des "Hotspots" Moria ein.
- 29 Greek Ombudsman, *Alleged pushbacks to Turkey of foreign nationals who had arrived in Greece seeking international protection: interim report (updated up to 31 December 2020)*, 28 April 2021, verfügbar auf Englisch unter: [https://bit.ly/344xO6F\\_pp.10-11](https://bit.ly/344xO6F_pp.10-11).
- 30 *Ibid*, S.23.
- 31 Der griechische Ombudsmann, Angebliche Abschiebungen ausländischer Staatsangehöriger in die Türkei, die in Griechenland angekommen waren und internationalen Schutz suchten, S.20
- 32 Der Menschenrechtskommissar des Europarats, Brief an den griechischen Minister für Bürgerschutz, den griechischen Minister für Migration und Asyl und den griechischen Minister für Schifffahrt und Inselpolitik (Ref: CommHR/DM/sf 019-2021, 3. Mai 2021), verfügbar unter: <https://bit.ly/3uAJ59l>
- 33 Antwort des griechischen Ministers für Bürgerschutz, des Ministers für Migration und Asyl und des Ministers für maritime Angelegenheiten und Inselpolitik, Ref (conf): 130, 11. Mai 2021, verfügbar auf Englisch unter: [https://bit.ly/3fTMXxe\\_s.2](https://bit.ly/3fTMXxe_s.2).
- 34 Eine kurze aber aussagekräftige Liste einschlägiger Veröffentlichungen ist zu finden in der "Gemeinsamen Erklärung zu Push-Back-Praktiken in Griechenland", 1. Februar 2021, verfügbar unter: <https://bit.ly/3i3llXZ>.
- 35 Siehe auch Campaign for Access to Asylum, "Illegal pushbacks, Lives at risk, NGOs under prosecution: Investigations on pushbacks at the EU level, targeting of those highlighting them in Greece", 16. März 2021, verfügbar unter: <https://bit.ly/3p5xVsg>.
- 36 PRAB, Pushing back Responsibility Push back of responsibility: Human Rights Violations as a Welcome Treatment at Europe's Borders, April 2021, verfügbar unter: <https://bit.ly/3fBdosr>, S. 8
- 37 Ebd., S.10-12
- 38 Rechtszentrum Lesbos, "Eine weitere Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen den griechischen Staat zielt auf Wiedergutmachung wegen massenhafter Zurückweisung durch die griechischen Behörden in der Ägäis ("Άλλη μία προσφυγή στο Ευρωπαϊκό Δικαστήριο Ανθρωπίνων Δικαιωμάτων εναντίον του Ελληνικού Κράτους επιδιώκει αποκατάσταση για μαζική επαναπροώθηση από τις Ελληνικές Αρχές στο Αιγαίο")", 26. April 2021, verfügbar auf Griechisch unter <https://bit.ly/3fXAmsh>.

© Greek Council for Refugees & Oxfam International [Juni 2021]

Dieses Papier wurde von Spyros-Vlad Oikonomou und Vasilis Papastergiou geschrieben. Es ist Teil einer Reihe von Papieren, die geschrieben werden, um die öffentliche Debatte über entwicklungspolitische und humanitäre Fragen zu informieren.

\*Der Name wurde verborgen, um die Anonymität von K. zu gewährleisten. Ihr Fall wird zurzeit vom Rechtsberatungsteam des Griechischen Flüchtlingsrates bearbeitet.